
FORUM: Ökonomische oder ökologische Erneuerung?

Rudolf Hickel: Transformationsstrategie für den sozial-ökonomischen Aufbau Ostdeutschlands

Prof. Dr. Rudolf Hickel, geb. 1942 in Nürnberg, lehrt Politische Ökonomie und Finanzwissenschaft an der Universität Bremen.

Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland

Die Lage Deutschlands ist seit der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland und der verfassungsrechtlichen Vereinigung durch einen tiefen Widerspruch gekennzeichnet: Während formal rechtlich die Einigung mit dem 3. Oktober 1990 vollzogen wurde, offenbarte sich schnell eine tiefe Spaltung in der Wirtschafts- und Sozialentwicklung zwischen Ost und West.

In *Ostdeutschland* vollzieht sich seit der Schaffung der Währungsunion eine sich selbst verstärkende schwere Anpassungskrise. Die Industrieproduktion sank bereits in den Monaten Oktober bis Dezember des letzten Jahres gegenüber 1989 um 50 Prozent. Mit einem weiteren Rückgang ist auch in diesem Jahr zu rechnen. Mittlerweile sind die gesamten interindustriellen Lieferbeziehungen zusammengebrochen. Diese Krise ist nicht mit begrenzten Struktur- und Regionalkrisen, wie sie sich in der alten Bundesrepublik im Bereich der Textil-, Stahl- und Wertproduktion vollzogen haben, zu vergleichen. Sie vollzieht sich vielmehr flächendeckend in allen Branchen. Spiegelbildlich zu den Produktionseinbrüchen gehen Arbeitsplätze verloren. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Erwerbstätigen von 9,64 Millionen um 10 Prozent auf 8,6 Millionen zurückgegangen. In diesem Jahr wird wiederum mit einem Abbau der Erwerbstätigkeit um knapp 2 Millionen gerechnet. Am Ende des ersten Jahres „deutsche Währungsunion“ wurden weit über 800 000 Arbeitslose registriert, und über 2 Millionen Personen befanden sich in Kurzarbeit. Entlastet wird die miserable Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland derzeit zudem durch die Pendler nach Westdeutschland (zirka 350 000) sowie durch den wieder steigenden Übersiedlerstrom. Weiterhin sinkt die Zahl der Erwerbslosen durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente um weitere etwa 900 000. Werden nur die registrierten Arbeitslosen und Kurzarbeiter zusammengefaßt, so zeigt sich, daß bereits ein Drittel der Erwerbsbevölkerung derzeit über keine Existenzsicherung durch Arbeit verfügt.

Diametral zu dieser Anpassungskrise in Ostdeutschland vollzog sich seit der Herstellung des gemeinsamen Währungsgebiets in *Westdeutschland* ein wirtschaftlicher Wachstumsschub. Die Güter- und Dienstleistungsproduktion erreichte erstmals wieder seit 1976 einen realen Zuwachs von 4,5 Prozent. Die Geldentwertung blieb trotz starker Auslastung der Produktionskapazitäten bis in den Sommer 1991 moderat und die Zahl der Beschäftigten erreichte den höchsten Stand in der Geschichte Westdeutschlands. Freilich darf der sich

hinter dieser Zahl vollziehende Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse durch die Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen nicht übersehen werden. Auch die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging zum Ende des ersten Jahres „deutsche Währungsunion“ auf zirka 1,7 Millionen zurück. Dieser Rückgang wäre ohne die Ost-West-Pendler und Übersiedler höher ausgefallen. Insgesamt zeigt sich jedoch, daß sich trotz günstigen Wirtschaftswachstums auch im Westen ein hoher Sockel von Arbeitslosen herausgebildet hat, und die Umverteilung der Einkommen zugunsten der Gewinne und zu Lasten der Lohn- und Gehaltsbezieher weiter vorangeschritten ist.

Die konjunkturell günstige Entwicklung Westdeutschlands ist ohne die Öffnung des Wirtschaftsraums Ostdeutschland nicht zu erklären. Dies gilt insbesondere für die Nachfrage nach Konsumgütern. Aber auch die sich im Rahmen von Investitionsaktivitäten im Osten ergebende Nachfrage nach Ausrüstungen und Bauleistungen kam der westdeutschen Wirtschaft zugute. Schließlich flößen die Finanzmittel, die vor allem der Bundeshaushalt zum Aufbau Ostdeutschlands zur Verfügung stellte, großenteils als Produktionsaufträge und damit als Erlöse nach Westdeutschland zurück. Ohne die Nachfrageimpulse aus Ostdeutschland wäre das Sozialprodukt 1990 real nicht um 4,5, sondern lediglich um zirka 3 Prozent gestiegen.

Monetärer Schock ohne Therapiekonzept

Der Kernprozeß der tiefen Anpassungskrise in Ostdeutschland erklärt sich aus dem Ablaufmuster der ökonomischen Integration. Den alles bestimmenden Ausgangspunkt bildete die Schaffung der Währungsunion durch den Import der D-Mark zum 1. Juli 1990. Währungstechnisch wurden alle bis dahin geltenden Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem durchschnittlichen Kurs von 1 D-Mark zu 1,82 Ost-Mark umgestellt (Geldforderungen und Verbindlichkeiten in Mark der DDR im Verhältnis 2:1, die privaten Ersparnisse jedoch bis zu bestimmten, nach dem Alter der Umstellungsberechtigten gestaffelten Festbeträgen zum Vorzugssatz von 1:1).

Als Ergebnis der Währungsumstellung sind in Ostdeutschland Anfang Juli 1990 DM-Geldbestände (Bargeld, Sichteinlagen, Termingeld unter vier Jahren, Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist) in Höhe von 180 Milliarden DM - also knapp 15 Prozent der entsprechenden westdeutschen Geldmenge - entstanden. Dieser Geldmengensprung ist gegenüber dem zugewachsenen Produktionspotential der ehemaligen DDR höher als geplant ausgefallen. Da aber im Laufe der Zeit die privaten Haushalte in Ostdeutschland auf längerfristige Anlageformen - etwa gegenüber den vorher nur möglichen Spareinlagen - umstiegen, bildete sich der Geldüberhang allmählich zurück. Insgesamt läßt sich festhalten, daß die Umstellung auf die D-Mark im Gebiet der Ex-DDR logistisch problemlos gelungen ist. Die Geldwertstabilität wurde dadurch nicht bedroht. Die anziehende Inflationsrate seit Juli 1991 ist vor allem auf die katastrophale Finanzpolitik in Bonn zurückzuführen. In krassem Widerspruch zur perfekten Technik der Währungsumstellung wurden jedoch

die ökonomisch-sozialen Folgen dieses D-Mark-Imports politisch völlig unterschätzt, bagatellisiert. Die katastrophalen Folgen waren aber absehbar: Eine der stärksten Währungen der Welt wurde über Nacht einer schwächeren, völlig anders strukturierten Volkswirtschaft übergestülpt. Im Vergleich zu den alten Umtauschkursen (offiziell 1:3, schwarz 1:6) bedeutete dies eine Aufwertung um mindestens 300 Prozent. Eine derartige Aufwertung etwa der portugiesischen oder griechischen Währung, aber auch stärkerer Währungen, wie dem Schweizer Franken, hätte auch dort zu dramatischen Auswirkungen im Exportsektor der betroffenen Länder führen müssen.

Neben der Grenzöffnung wurde das Wirtschaftssystem der DDR über die Hartwährung D-Mark der westdeutschen und internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Dies mußte wie ein „monetärer Urknall“ wirken, der schlagartig die Substanzkrise der ehemaligen DDR-Wirtschaft, aber auch ihre völlig andersartige Struktur offengelegt hat: ihre Abschottung gegenüber der internationalen Konkurrenz, ihre damit verbundene Tendenz zu Überkapazitäten, die hohe Fertigungstiefe, mangelnder ökonomischer Druck zur Modernisierung und starker Osthandel bei gleichzeitig politisch bestimmten Verrechnungspreisen (Transferrubel). Die Wucht der westdeutschen und internationalen Konkurrenz hat mittlerweile auch Unternehmen in den Konkurs gezwungen, die bei Gewährleistung einer längeren Anpassungszeit hätten saniert werden könnten. Die doppelte Aufgabe, einerseits die Substanzkrise der alten DDR-Wirtschaft abzubauen und andererseits ein völlig neues Wirtschaftssystem aufzubauen, geriet über diesen Einstieg mit der Währungsunion unter den massiven Druck der westdeutschen und internationalen Konkurrenz. Die Anpassungszeit zur wirtschaftlichen Angleichung wurde damit minimiert, der Anpassungsdruck maximiert. Ob es zu dieser währungspolitischen Roßkur einen alternativen Weg gegeben hätte, ist heute zweifelhaft.

Sicher ist das massive Politikversagen gegenüber den Folgen der Währungsunion. Das Ausmaß dieses infolge des Imports der D-Mark unvermeidbaren Produktionszusammenbruchs ist durch die Bundesregierung sowie ihre Berater nicht annähernd realistisch begriffen worden. Anstatt eine integrierte Politik zur Abfederung dieser Anpassungskrise zu verwirklichen, wurden Illusionen über die schnell wirkende Dynamik der Marktwirtschaft - auch wahlpolitisch motiviert - verbreitet. Diejenigen, die auf diese Folgen hinwiesen und schon Anfang 1990 die schnelle Verwirklichung eines mittelfristigen Aufbauprogramms forderten, wurden dagegen als „Miesmacher“ der deutschen Einheit abgedrängt.

Die ordnungs- und finanzpolitische Vorsorge durch die Einigungsdokumente (erster Staatsvertrag und Einigungsvertrag) war unter dem Regime dieser Anpassungskrise völlig unzureichend:

Ordnungspolitisch wurde davon ausgegangen, die Angleichung der ehemaligen DDR-Wirtschaft ließe sich mit den Instrumenten des real-existierenden, hochentwickelten Wirtschaftssystems westdeutscher Bauart bewerkstelligen.

Anstatt auf die marktwirtschaftliche Dynamik zu setzen, hätte vielmehr ein Modell des Übergangs mit Sonderregelungen zur Angleichung an das westdeutsche Wirtschaftssystem entwickelt und verwirklicht werden müssen. Dies betrifft zum einen den Aufbau einer öffentlichen Administration und Infrastruktur, die Voraussetzung privatwirtschaftlichen Handelns bilden. Zum anderen verlangt die Auflösung des Staatseigentums Sonderregelungen, um für den Aufbau von Produktionsstätten schnell Rechtssicherheit zu schaffen (Entschädigungen statt Eigentumsrückgabe).

Die finanzpolitischen Regelungen der Einigungsdokumente erwiesen sich ebenfalls als untauglich. Der Fonds Deutsche Einheit, der insgesamt 115 Milliarden DM vorsah, die in abnehmenden Tranchen zwischen 1990 und 1994 den neuen Ländern und ihren Gemeinden zugewiesen werden, reicht nicht aus. Die reduzierte Zuweisung des Länderanteils an der Umsatzsteuer (35 Prozent) an die ostdeutschen Länder mußte zurückgenommen werden. Problematisch ist die Tatsache, daß der Bund immer noch auf seine in den neuen Ländern erzielten Anteile an den Gemeinschaftsteuern (42,5 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer, 50 Prozent der Körperschaftsteuer, 65 Prozent der Umsatzsteuer) nicht einmal für eine Übergangsphase verzichtet. Die Entscheidung, die ostdeutschen Länder aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen bis 1994 herauszunehmen, war richtig. Wegen des großen Gefälles ist eine gezielte öffentliche Finanzierung Ostdeutschlands erforderlich. Vor allem aber ist zu kritisieren, daß in den Einigungsdokumenten auf ein mittelfristiges Aufbauprogramm völlig verzichtet wurde.

Maßnahmen zur Stärkung des Produktionsstandorts Ostdeutschland

Wie bereits angesprochen, konnte die Bundesregierung den ursprünglich in den Einigungsdokumenten vereinbarten ordnungs- und finanzpolitischen Kurs nicht durchhalten. Unter dem Druck der schweren Anpassungskrise sowie auch der politischen Wirkungen der dramatischen Arbeitslosigkeit erfolgte aber erst Anfang dieses Jahres ein zögerlicher Kurswechsel. Dabei wurde endlich die Sicherung von Sonderbedingungen in einer Übergangsphase stärker betont. Der Kurswechsel kam zwar sehr spät, und diese Verzögerung hat die Kosten der deutschen Einigung erhöht, er weist jedoch jetzt in die richtige Richtung: Dazu gehört das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ mit 24 Milliarden DM für zwei Jahre ebenso wie die Verlängerung der Sonderregelungen für die Kurzarbeit bis Ende 1991 und die Verlängerung der Investitionszulagen sowie der Konzeptionswechsel in der Eigentumsfrage und in der Politik der Treuhandanstalt.

Zuzustimmen ist der Anfang März festgehaltenen, allerdings späten Erkenntnis der Bundesregierung: „Der Systembruch in den neuen Ländern erfordert ungewöhnliche Maßnahmen in einem konzertierten Zusammenwirken von Bund, neuen Ländern und Treuhandanstalt. Schnelles unideologisches Handeln ist notwendig.“ Wenn damit die Bundesregierung ihr in den

Einigungsdokumenten festgeschriebenes marktideologisches Handeln nicht mehr zur Richtschnur der Gestaltung des komplizierten Anpassungsprozesses nähme, dann würde dadurch eine gute Basis für den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft geschaffen. Zentrales Ziel der Politik muß dabei der Stop des Niedergangs des Produktionssystems sowie der Aufbau eines Produktionsstandorts Ostdeutschland sein. Dazu müssen private Kapitaltransfers in Form von Investitionen komplementär zu öffentlichen Finanztransfers in die neuen Bundesländer fließen. Dazu wird das folgende Maßnahmenpaket vorgeschlagen:

1. Alle öffentlichen Aktivitäten sind stärker zu koordinieren. Der von der EG verlangte „Plan zur Umstrukturierung der Wirtschaft“, an den die Vergabe von Mitteln in Höhe von 11 Milliarden DM geknüpft ist, sollte entwickelt und zugleich zur Grundlage eines abgestimmten Handelns werden.

2. Neue institutionelle Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinden, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen müssen geschaffen werden. Die im „Gemeinschaftswerk“ vorgesehenen „Aufbaustäbe“ für die Gemeinden und Regionen weisen in die richtige Richtung. Ein Ausbau zu regionalen Strukturräten wäre jedoch sinnvoll.

3. Der Vorrang der Entschädigung gegenüber der Wiederherstellung alter Eigentumsverhältnisse ist dringend erforderlich, um Rechtssicherheit für private und öffentliche Investitionsentscheidungen herzustellen. Die durch die Bundesregierung auf zwei Jahre befristete Vorrangregelung für Entschädigung sollte bis 1995 verlängert werden.

4. Die Treuhandanstalt muß einerseits ihrem regional- und strukturpolitischen Auftrag stärker gerecht werden und intensiv mit den neuen Ländern zusammenarbeiten; andererseits sollte die Sanierung Vorrang gegenüber dem Verkauf (Privatisierung) erhalten. Ihr kommt die Aufgabe zu, den Betrieben, die im Prinzip überlebensfähig sind, einen Sanierungsschutz zu sichern. In dieser Phase sind Hilfestellungen durch die öffentliche Hand zu gewährleisten. Denn die Gefahr, daß der akute Konkurrenzdruck auch sanierbare Unternehmen zur Stilllegung zwingt, ist groß. Übrigens, auch in Westdeutschland sind zur Überwindung von Strukturkrisen mittelfristige Anpassungsprogramme subventioniert worden. Die Treuhandanstalt muß auch Übergangsformen, wie Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften in ihr Konzept des Umbaus der bei ihr zusammengefaßten Unternehmen einbeziehen.

5. Eine breite öffentliche Förderkulisse für private Investitionen in Ostdeutschland ist mittelfristig zu sichern. Die Verlängerung der Investitionszulagen (12 Prozent bis Ende 1991, 8 Prozent bis Ende 1992) sowie die Möglichkeit der Kumulierung von Investitionszuschüssen (maximal 23 Prozent) und Sonderabschreibungen bilden richtige Elemente dieser Förderpolitik. Eine Modellrechnung zeigt, daß bei einer Investitionssumme von 100 Millionen DM Steuerersparnisse und Regionalzuschüsse von insgesamt 56,6 Millionen DM erzielt werden können. Diese Investitionsförderung sollte jedoch mit Auflagen verbunden werden. So weit wie möglich müßten ostdeutsche Betriebe an den

dadurch ausgelösten Produktionsaktivitäten beteiligt werden, um so zu ihrer ökonomischen Stärkung beizutragen. Darüber hinaus muß der Bund die Unternehmen von den derzeit auf 110 Milliarden DM geschätzten Altschulden entlasten, um damit einen schwerwiegenden Fehler des Einigungsvertrags zu revidieren. Schließlich sind öffentliche Finanzierungsmodelle im Rahmen des Abbaus ökologischer Altlasten für die betroffenen Unternehmen zu entwickeln.

6. Von zentraler Bedeutung ist der Aufbau eines starken öffentlichen Sektors in Ostdeutschland. Im Bereich des Um- und Aufbaus der öffentlichen Infrastruktur kommt diesem auch für die Stärkung privatwirtschaftlicher Aktivitäten eine Pilotfunktion zu. Neben der finanziellen Ausstattung zum Aufbau einer funktionsfähigen öffentlichen Administration muß ein mittelfristig angelegtes, öffentliches Investitionsprogramm verwirklicht werden. Denn öffentliche Armut, die ursprünglich mit den Einigungsdokumenten für Ostdeutschland programmiert war, müßte als massive Entwicklungsbremse privatwirtschaftlicher Aktivitäten wirken. Hier sind unter dem Druck der öffentlichen Finanzkrise mittlerweile Korrekturen vorgenommen worden. Der Bund verzichtet inzwischen beispielsweise auf 15 Prozent aus den Mitteln des Fonds Deutsche Einheit und die Ostländer erhalten ihren vollen Länderanteil an der Umsatzsteuer. Darüber hinaus ist für die Zeit des Um- und Aufbaus der Verzicht des Bundes auf seine Anteile aus den Gemeinschaftsteuern in Ostdeutschland zu fordern.

Mit dem „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ stellt die Bundesregierung insgesamt 24 Milliarden DM für öffentliche Investitionen sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung. Der Ansatz ist richtig und greift Forderungen, die aus dem gewerkschaftlichen Umfeld seit Anfang letzten Jahres gestellt wurden, auf. Dieses Gemeinschaftsprogramm müßte jedoch finanziell besser ausgestattet und auf fünf Jahre verlängert werden. Vorgeschlagen wird deshalb ein „Aufbauprogramm Ostdeutschland“ mit 500 Milliarden DM über fünf Jahre.

7. Alle öffentlichen Investitionsaktivitäten sollten in einer Übergangszeit mit der Auflage, ostdeutsche Unternehmen vorrangig mit den Produktionsaufgaben zu betrauen, verbunden werden. Hier müßten wegen der schwerwiegenden Wirtschaftskrise Ausnahmeregelungen bezüglich der geltenden EG-Richtlinien erreicht werden. Auch die EG muß an einer schnellen Gesundung der Wirtschaft in den neuen Ländern ein massives Interesse haben.

8. Das „Aufbauprogramm Ostdeutschland“ verlangt eine gesamtwirtschaftlich verträgliche und sozial ausgewogene Finanzierung. Dabei ist auch an der bisherigen Finanzierung der Sanierungsaktivitäten durch die Bundesregierung Kritik zu üben: Bis Ende letzten Jahres wurde vor allem die öffentliche Kreditaufnahme - gleichsam als Lückenbüsser - benutzt. Die Kapitalmarktinzinsen stiegen wegen der Unsicherheit bei der Finanzierung der deutschen Einheit. Erst durch die Zinsbeschlüsse der Deutschen Bundesbank

Anfang dieses Jahres kam es zu einer Beruhigung auf den Geld- und Kapitalmärkten. Mit zirka 150 Milliarden DM Nettokreditaufnahme durch die Gebietskörperschaften in diesem Jahr ist dieses Finanzierungsinstrument ausgereizt. Die ansteigende Inflation seit Juli 1991 ist auf die abgabenpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung zurückzuführen. Sie bedroht die sich ohnehin abschwächende Konjunktur. Denn die Bundesbank versucht mit einer Verknappung und Verteuerung der Geldversorgung den Inflationsprozeß zu stoppen. Eine Regression liegt infolge dieser Geldpolitik im Bereich des Möglichen.

Darüber hinaus reichen die abgabenpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung einerseits nicht aus und belasten andererseits vor allem die Einkommensschwachen. Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ hat unlängst berechnet, daß die etwa zwölf Millionen Lohnsteuerzahler mit einem Jahreseinkommen bis zu 45 000 DM durch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, der Telefongebühren und der Verbrauchsteuern (insbesondere der Mineralölsteuer) sowie die Einführung einer Ergänzungsabgabe von 7,5 Prozent (für ein Jahr) so stark belastet werden, daß sie dadurch nicht nur ihre Entlastungen aus den Steuersenkungen von 1986/88/90 verlieren, sondern draufzahlen. Bei den oberen Einkommensbezieher (über 80 000 DM) zeigen sich im Verhältnis zu den Steuersenkungen und Abgabenerhöhungen jedoch bemerkenswerte Nettoentlastungen. Diese soziale Schieflage würde sich noch verstärken, wenn die geplante Senkung der Unternehmensteuern sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Zuge kämen.

Schon heute zeigt sich, daß zur Finanzierung der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland erheblich mehr Finanzmittel über einen längeren Zeitraum benötigt werden. Steuerpolitische Salami-taktik, die bisher praktiziert wurde und zu schweren Akzeptanzproblemen führte, muß endlich durch ein mittelfristiges Konzept abgelöst werden. Nachdem die tiefe Krise einen Konzeptionswechsel bei der Bundesregierung zustandegebracht hat, kommt es jetzt darauf an, endlich auch ein tragfähiges mittelfristiges Finanzierungskonzept für das „Aufbauprogramm Ostdeutschland“ zu verwirklichen. Dazu gehören die Einführung einer Arbeitsmarkt-abgabe für Beamte, Selbständige und Besserverdienende sowie eine Ergänzungsabgabe von 10 Prozent über fünf Jahre auf die Einkommen- und Körperschaftsteuerschuld (mit sozial bestimmten Freigrenzen bei der Einkommensteuer). Auch der Subventionsabbau sowie die Reduzierung der Rüstungsausgaben müssen genutzt werden. Allerdings, die Mobilisierung auch dieser Mittel reicht nicht aus. Deshalb müssen auch weiterreichende, unkonventionelle Finanzierungsinstrumente entwickelt und eingesetzt werden. Vorstellbar wäre die Einführung einer zeitlich befristeten Anleihe mit Zeichnungspflicht für diejenigen, die über hohe Vermögen verfügen. Das Opfer wäre auf Zinsverluste über fünf Jahre beschränkt. Darüber hinaus vorgeschlagen wird die einmalige Erhebung einer Investitionshilfsabgabe der westdeutschen zugunsten der ostdeutschen Wirtschaft. Für dieses Finanzie-

rungsmodell steht das Investitionshüfegesetz von 1951/52, mit dem die gewerbliche Wirtschaft der Grundstoffindustrie seinerzeit 1 Milliarde DM über einen Sonderfonds zur Verfügung gestellt hatte, Pate.

Die Angleichung der Produktions- und Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland stellt eine historisch bisher einmalige Herausforderung dar, die sich mit markt-orthodoxen Lehrbuchkonzepten nicht bewältigen läßt. Erforderlich ist der Mut zu einer Transformationsstrategie, die spezielle Instrumente nutzt und nicht die Konzepte der hochentwickelten westdeutschen Wirtschaft schematisch überträgt. Den Menschen in Ostdeutschland durch die Schaffung von Arbeitsplätzen eine Existenzgrundlage zu schaffen, ist die wichtigste Aufgabe der Politik in den nächsten Jahren.